

Bremen, den 30. November 2025

**Antrag:**

**Verbindliche Beteiligung des Stadtteilbeirats am WiN-Forum – Stärkung demokratischer Mitwirkung im Stadtteil**

**Der Beirat möge beschließen:**

Der Beirat Gröpelingen fordert die Senatorin für Soziales auf, die Satzung des WiN-Forums so weiterzuentwickeln, dass eine verbindliche und institutionalisierte Zusammenarbeit mit den Stadtteilbeiräten festgeschrieben wird. Dazu gehören insbesondere feste Rede- und Stimmrechte für gewählte Vertreterinnen des Beirats.

**Begründung:**

Die Sitzungen des WiN-Forums sind zwar formal öffentlich, doch die tatsächliche Beteiligung der Anwohnerinnen und Anwohner ist in den vergangenen Jahren kontinuierlich zurückgegangen.

Gleichzeitig waren Vertreterinnen des Stadtteilbeirats – sowohl Mitglieder als auch sachkundige Bürgerinnen – regelmäßig und verlässlich präsent. Sie haben das Forum genutzt, um Projekte und Förderentscheidungen kritisch zu begleiten und damit eine Ressourcenverteilung zu unterstützen, die sich am tatsächlichen Bedarf und am Gemeinwohl im Stadtteil orientiert.

Diese gelebte Praxis findet in der aktuellen Satzung des WiN-Forums jedoch keine angemessene Berücksichtigung. Durch eine verbindliche und institutionalisierte Einbindung des Beirats, einschließlich eigener Rede- und Stimmrechte, ließe sich die demokratische Legitimation des Forums deutlich stärken und die partizipative Struktur des WiN-Prozesses nachhaltig verbessern.

Ute Pesara, Norbert Holzapfel u. André Zeiger  
CDU Beiratsfraktion Gröpelingen



Bremen, den 30. November 2025

**Antrag:**

Subjektives Sicherheitsgefühl am Ohlenhof stärken – Installation einer polizeilichen Notrufsäule auf dem Bgm.-Koschnick-Platz!

**Der Beirat möge beschließen:**

**Der Beirat Gröpelingen** fordert den Senator für Inneres und Sport auf, sich für die **Installation einer polizeilichen Notrufsäule auf dem Bgm.-Koschnick-Platz** in Gröpelingen einzusetzen.

**Begründung:**

1. **Kriminalitätslage:**

Bei der Vorstellung der lokalen Kriminalstatistik auf der öffentlichen Beiratssitzung Gröpelingen am 29.10.2025 wurde der Bgm.-Koschnick-Platz als ein **Schwerpunktbereich der Straßen- und Drogenkriminalität** benannt. Der Platz wird insbesondere in den Abendstunden von vielen Bürgerinnen und Bürgern als unsicher wahrgenommen.

2. **Stärkung des Sicherheitsgefühls:**

Eine gut sichtbare und leicht erreichbare **polizeiliche Notrufsäule** bietet den Menschen im Stadtteil die Möglichkeit, im Bedarfsfall **schnell und direkt Kontakt zur Polizei aufzunehmen**. Solche sichtbaren Sicherheitsinfrastrukturen tragen nachweislich dazu bei, das **subjektive Sicherheitsgefühl** der Bevölkerung zu stärken. Positive Erfahrungen mit bereits installierten Notrufsäulen – beispielsweise am **Bahnhofsvorplatz** – bestätigen diesen Effekt.

3. **Präventive Wirkung:**

Neben einer bereits verbesserten Beleuchtungssituation würde eine Notrufsäule eine **zusätzliche abschreckende Wirkung** gegenüber potenziellen Täterinnen und Tätern entfalten und somit **präventiv** zur Reduzierung von Straftaten beitragen.

**Beschlussvorschlag:**

Der Beirat Gröpelingen beschließt, den Senator für Inneres und Sport zu bitten, die Installation einer polizeilichen Notrufsäule auf dem Bgm.-Koschnick-Platz zu prüfen und umzusetzen.

Ute Pesara, Norbert Holzapfel u. André Zeiger  
CDU Beiratsfraktion Gröpelingen





Bremen, 25.11.2025

## **Kontextualisierung von Straßenschildern mit kolonialem Bezug**

### **Der Beirat möge beschließen:**

Der Beirat Gröpelingen/Oslebshausen bestätigt seinen bereits im Jahr 2024 gefassten Beschluss zur kritischen Kontextualisierung der im Stadtteil identifizierten neun Straßen sowie des betroffenen Platzes mit kolonialem Bezug. Auf Grundlage der von Dr. Hanno Balz (Universität Bremen) erarbeiteten, wissenschaftlich abgesicherten Texte sollen die Kurzfassungen als Unterschilder direkt unter den Straßennamenschildern angebracht werden.

Die vollständigen kontextualisierenden Texte sollen über im Straßenpflaster eingelassene QR-Codes nach dem Berliner Modell zugänglich gemacht werden. Die QR-Codes verweisen auf die vom Senator für Kultur bereitgestellte zentrale Webseite, die zusätzlich auf der Homepage des Beirats verlinkt wird, um die lokale Sichtbarkeit weiter zu erhöhen.

Das Kulturressort wird gebeten, die hierfür notwendige fachliche Abstimmung mit dem Staatsarchiv Bremen bzgl. der finalen Fassung der Kurzversionen vorzunehmen.

Der Beirat behält sich vor, zu einem späteren Zeitpunkt ergänzende Textbausteine mit spezifischem Bremen-Bezug sowie einem deutlicheren Bezug zu Gröpelingen und Oslebshausen vorzuschlagen. Diese Ergänzungen sollen – bevor sie veröffentlicht oder in das Kontextualisierungsverfahren eingespeist werden – fachlich geprüft werden durch

- den Senator für Kultur,
- die Landeszentrale für politische Bildung,
- sowie Dr. Hanno Balz (Universität Bremen),  
um sicherzustellen, dass alle Erweiterungen wissenschaftlich fundiert bleiben und in das bestehende Konzept integriert werden können.

### **Begründung:**

Der Beirat Gröpelingen hat bereits im Jahr 2024 die neun Straßen und den Platz mit kolonialem Bezug im Stadtteil identifiziert und hierzu einen grundlegenden Beschluss zur Kontextualisierung gefasst. Mit den vom Kulturressort in Zusammenarbeit mit der Universität Bremen bereitgestellten Textentwürfen liegt nun die wissenschaftliche Grundlage für die Umsetzung dieses Beschlusses vor.

Die Anbringung kurzer kontextualisierender Unterschilder gewährleistet eine direkte, sichtbare Einordnung im Straßenraum. Die ergänzende Bereitstellung der vollständigen Texte mittels im Boden eingelassener QR-Codes ermöglicht eine vertiefte Auseinandersetzung, ohne zusätzlichen öffentlichen Raum zu beanspruchen – ein entscheidender Vorteil insbesondere in den kleinen

Stichstraßen wie Kribiweg und Dualaweg, in denen Stelen aufgrund der räumlichen Enge nicht realisierbar sind.

Die Kombination aus physischer Sichtbarkeit und digitaler Vertiefung stellt eine zeitgemäße, zugängliche Form der Erinnerungskultur dar. Durch die zusätzliche Verlinkung der zentralen Informationsseite des Senators für Kultur auf der Website des Beirats wird die Transparenz erhöht und die lokale Bevölkerung noch besser erreicht.

Dieter Winge und die Fraktion DIE LINKE im Beirat Gröpelingen

Bremen, 28.11.2025

**Der Beirat Gröpelingen beschließt folgende Stellungnahme zur Antwort des Umweltressorts (Schreiben vom 11.11.2025) auf unseren Beschluss zur Geruchs- und Emissionssituation der KENOW-Anlage:**

Der Beirat dankt der Senatorin für Umwelt, Klima und Wissenschaft für die ausführliche Rückmeldung und erkennt an, dass verschiedene Aspekte der ursprünglichen Anfrage beantwortet wurden. Gleichzeitig stellt der Beirat fest, dass **wesentliche Fragen weiterhin offen bleiben** und einzelne Aussagen präzisiert werden müssen, insbesondere im Bereich der behördlichen Überwachung, der Anwendung der Geruchsimmissions-Richtlinie (GIRL) und der Transparenz gegenüber der Öffentlichkeit.

**Offene Fragen zur Geruchsimmissions-Richtlinie (GIRL) und behördlichen Messpraxis**

Der Geschäftsführer der KENOW erklärte in der öffentlichen Beiratssitzung am 10.09.2025, dass die Gewerbeaufsicht eine einmalige Messung nach GIRL zum Beginn des Regelbetriebs im Sommer 2025 durchführen werde.

Der Beirat weist darauf hin, dass die GIRL nach ständiger Verwaltungspraxis Länder- und Bundesbehörden

- keine einmaligen, sondern repräsentative und wiederholte Messungen bzw. Beurteilungen vorsieht,
- insbesondere wenn Beschwerden vorliegen oder begründete Zweifel an der Einhaltung von Immissionswerten bestehen.

Der Beirat fordert daher erneut eine gesetzeskonforme, regelmäßige und nachvollziehbare behördliche Überwachung der Geruchssituation und erwartet eine Klarstellung, ob eine einmalige Messung nach Aufnahme des Regelbetriebs tatsächlich der geltenden Rechtsauffassung entspricht. Die Antwort des Ressorts genügt dieser Frage bislang nicht.

**Bewertung des „Maßnahmenpakets“ der KENOW**

Der Beirat nimmt die aufgelisteten Maßnahmen des Betreibers zur Kenntnis (Maskierung, Biofiltermaßnahmen, thermische Behandlung usw.).

Der Hinweis, dass die Beschwerden rückläufig seien, ist zur Kenntnis genommen – dennoch bestehen aus Sicht der Anwohnerschaft weiterhin belastende Geruchserlebnisse, die in der Antwort nicht adressiert werden.

Der Beirat bittet das Umweltressort daher um

- die Veröffentlichung der Geruchsmessungen,

- eine Darstellung ihrer Methodik,
- sowie die Einbeziehung des Beirats Gröpelingen in die laufende Bewertung der Beschwerdelage.

## **PFAS**

Der Hinweis, dass PFAS im Klärschlamm „unter der Bestimmungsgrenze“ lagen, beantwortet die Frage der Einträge in die Umwelt nicht.

Der Beirat bittet daher erneut um Auskunft über:

1. die Notwendigkeit eines gebietsspezifischen PFAS-Monitoringprogramms (Boden, Wasser, Vegetation),
2. mögliche Eintragswege über Brücken Kondensat, Staub oder Abwässer,
3. die Bewertung im Rahmen der kommenden Staubbiederschlagsmessungen.

## **Staubbiederschlag und Luftqualitätsdaten**

Der Beirat begrüßt das Sondermessprogramm zum Staubbiederschlag bis März 2026 und bittet um

- Vorstellung der Ergebnisse im Beirat,
- eine behördliche Bewertung der Messergebnisse im Kontext der KENOW-Anlage,
- Offenlegung der zugrundeliegenden Messmethodik und Messpunkte.

## **Überprüfung der Filter- und Reinigungssysteme**

Der Hinweis, das Umweltressort könne keine unabhängige Prüfung anordnen, überzeugt den Beirat in dieser Form nicht.

Der Beirat bittet um Klarstellung,

- unter welchen rechtlichen Bedingungen („nachträgliche Anordnung“) zusätzliche Prüfungen verlangt werden können,
- wie sich die Behördenpraxis bei IE (Industrieemissions)-Anlagen in Bremen konkret gestaltet,
- ob erweiterte Prüfumfänge in vergleichbaren Fällen bereits angeordnet wurden.

## **Maskierungsstoffe**

Der Beirat nimmt zur Kenntnis, dass die KENOW zur Reduzierung der Geruchsbelastungen unter anderem auf eine „Maskierung der Abluft an den Dachentlüftungen“ zurückgreift.

Da im Antwortschreiben keinerlei Angaben zu den verwendeten Maskierungsstoffen, deren chemischer Zusammensetzung, deren Emissionsverhalten sowie möglichen gesundheitlichen Auswirkungen gemacht werden, bittet der Beirat um konkrete Auskunft:

1. Welche Maskierungsstoffe (Handelsname, chemische Zusammensetzung, eingesetzte Konzentrationen) werden aktuell verwendet?
2. Handelt es sich hierbei um potenziell gesundheitlich bedenkliche Stoffe, insbesondere im Hinblick auf
  - Aerosolbildung,
  - mögliche Reizwirkungen,



- VOC-Gehalte,
  - Wechselwirkungen mit vorhandenen Industrieemissionen?
3. Hat das Umweltressort eine toxikologische oder immissionsschutzrechtliche Bewertung dieser Maskierungsstoffe vorgenommen oder angefordert?
  4. Welche Grenzwerte, technischen Regeln oder Bewertungskriterien kommen für Maskierungsstoffe im Rahmen des Betriebes zur Anwendung (z. B. TA Luft, Gefahrstoffrecht)?
  5. Wird die Maskierungslösung dauerhaft eingesetzt oder handelt es sich um eine Übergangsmaßnahme?
  6. Seit wann genau kommen diese Maskierungsstoffe zum Einsatz?

Der Beirat hält diese Informationen für zwingend erforderlich, da Maskierungsstoffe keineswegs neutral sind und im industriellen Umfeld selbst zu zusätzlichen Belastungen, chemischen Reaktionen und gesundheitlichen Problemen beitragen können.

Dieter Winge und die Fraktion DIE LINKE im Beirat Gröpelingen